

# Temporäre Krise? Deutschland erlebt seit zwei Dekaden seine Deindustrialisierung

Stand: 14.10.2023 | Lesedauer: 4 Minuten



Von **Daniel Wetzel**  
Wirtschaftsredakteur



Quelle: Getty Images/Westend61; Montage: Infografik WELT

Wirtschaftsminister Habeck sieht in den hohen Energiepreisen lediglich die Nachwehen einer temporären Krise. Für die Autoren einer noch unveröffentlichten IW-Studie sind sie nur die ersten Symptome eines chronischen Abschwungs, der seinen Ursprung nicht zufällig im Jahr 2000 hat.

Als Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Mittwoch die ernüchternde „Herbstprojektion“ zur wirtschaftlichen Entwicklung präsentierte, spielten darin die hohen Energiekosten keine große Rolle. Zum „drängendsten strukturellen Problem“ erklärte der Minister den Bedarf an Fach- und Arbeitskräften. Lediglich „Nachwehen der Energiepreiskrise“ seien noch mitverantwortlich für die konjunkturellen Schwierigkeiten.

Ökonomen sehen in den Energiepreisen jedoch keine „Nachwehen“, sondern vielmehr den Beginn chronischer Schmerzen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW Köln) warnt in einem noch unveröffentlichten Kurzbericht, der WELT AM SONNTAG vorliegt, dass sich die Deindustrialisierung in den energieintensiven Branchen (</wirtschaft/plus247415570/Covestro-Uebernahme-Naechstes-Opfer-des-neuen-Deutschland-Malus.html>) Chemie, Metallerzeugung und -Verarbeitung sowie Papier, Glas und Keramik zu beschleunigen droht.

„Die perspektivisch stark verschlechterten Rahmenbedingungen sprechen nicht für das notwendige Investorenvertrauen, das Voraussetzung zumindest für die Stabilisierung des Kapitalstocks wäre“, heißt es in dem Bericht der IW-Wissenschaftler Hubertus Bardt und Dennis Bakalis.

Ihre Analyse ist praktisch eine Geschichte der deutschen Deindustrialisierung (</wirtschaft/plus247720786/Wirtschaftswachstum-Auf-Deutschland-wartet-ein-ernuechterndes-Jahrzehnt.html>) in Kurzform. Demnach war in den Jahren zwischen der deutschen Wiedervereinigung 1990 und 2000 noch alles in Ordnung: Das Bruttoanlagevermögen der Industrie – praktisch der Wert aller industriellen Anlagen in Deutschland – wuchs quer über alle Branchen stetig an. Auch der Kapitalstock der energieintensiven Industrien nahm da noch zu.

Zur Jahrtausendwende brach der einheitliche Trend jedoch jäh auseinander. Während das Anlagevermögen des Verarbeitenden Gewerbes weiter wuchs und während der Corona-Jahre sogar noch zulegte, ging es mit den energieintensiven Industrien ausnahmslos Jahr für Jahr begab.

Investitionen, die den natürlichen Wertverfall der Anlagen der Aluminium- und Stahlerzeuger, Metallverarbeiter oder Chemie-Unternehmen hätten

zumindest ausgleichen oder – besser noch – überkompensieren müssen, fanden nicht statt. Diese Entwertung des Kapitalstocks der energieintensiven Branchen habe das Wachstum der Gesamtwirtschaft erheblich gebremst, stellen die Autoren fest.

So habe sich bei den energieintensiven Industrien „der Kapitalstock zwischen 2000 und 2021 um 19,7 Prozent (insgesamt 71,2 Milliarden Euro) verringert“, heißt es im IW-Bericht. „Damit wurde rund die Hälfte des Aufbaus der anderen im Gesamtsaldo zunichte gemacht.“

Warum Erweiterungsinvestitionen in den energieintensiven Branchen ausgerechnet ab dem Jahr 2000 ausblieben, erläutern die Autoren nicht. Bardt und Bakakis verweisen nur auf die generelle Bedeutung der Kosten von Strom und Gas. Es fällt jedoch auf, dass der Beginn der Investitionszurückhaltung ab 2000 genau mit dem Beginn der Energiewende in Deutschland zusammenfällt.

## **Atomkonsens hat Investoren massiv verunsichert**

Dass sich damals die rot-grüne Bundesregierung von Gerhard Schröder (SPD) auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verständigt hatte und den Ökostrom-Ausbau vorantrieb, dürfte aus Investorensicht zwar kein Problem gewesen sein. Doch der zweite Teil der Energiewende, der „Atomkonsens“ des Jahres 2000, hatte durchaus das Zeug, Investoren massiv zu verunsichern.

Denn durch ihn wurde nicht nur der Neubau von Atomkraftwerken in Deutschland (/kultur/plus245390932/Patrick-Graichen-Das-Desaster-der-Energiewende-und-die-Rolle-der-Medien.html) verboten. Die Laufzeit der Meiler wurde zudem auf 32 Jahre begrenzt und damit der Nuklearausstieg zum ersten Mal faktisch auf 2021 terminiert.

Als der Atomkonsens 2002 als Bundesgesetz verabschiedet wurde, stand fest, dass Deutschland innerhalb von 20 Jahren ein Drittel seiner Kraftwerkskapazität aufgeben würde. Es kann kaum verwundern, dass sich danach keine Investoren mehr fanden, die bereit gewesen wären, Geld in Großanlagen der energieintensiven Industrie zu stecken, die oft eine Lebensdauer von 50 oder gar 70 Jahren haben.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Während etwa Frankreich seiner Industrie über den sogenannten ARENH-Mechanismus billigen Atomstrom für 42 Euro pro Megawattstunde zur Verfügung stellen kann, lagen die deutschen Industriestrompreise (/wirtschaft/plus247258372/Deutschlands-Wachstums-Schwaecher-Unabwendbarer-Abstieg-Diese-Ideen-sollen-jetzt-das-Land-retten.html) im vergangenen Jahr bei 533 Euro pro Megawattstunde und notierten auch im ersten Halbjahr 2023 noch mit 265 Euro um ein Vielfaches über dem Niveau der französischen Wettbewerber.

Zwar hat die Bundesregierung für energieintensive Unternehmen Ausnahmen geschaffen und so für Erleichterung gesorgt. Doch wurden diese „immer wieder als Subventionen klassifiziert und kritisiert“, wie die IW-Autoren mahnen: „Die damit verbundenen Unsicherheiten haben die Investitionsbereitschaft der betroffenen Unternehmen geschwächt.“

Ihr Fazit daher: Um den an sich ja wettbewerbsfähigen Unternehmen „die weitere Tätigkeit am Standort Deutschland zu ermöglichen, braucht es eine glaubwürdige Perspektive auf eine Transformation mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen“. Vorerst aber ließen „die Entwicklungen der letzten beiden Jahre weitere Abnahmen des Kapitalstocks erwarten“.

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/247991628>

